

Analyse #14

Räumliche Konstellationen, Radikalisierungspotenziale und raumbezogene Radikalisierungsprävention

Der Fall Bonn-Tannenbusch

Von Gerrit Weitzel, Linda Schumilas,
Yann Rees, Sebastian Kurtenbach

2023



Inhaltsverzeichnis

- 01 Einleitung** Seite 4
- 02 Forschungsstand** Seite 8
- 03 Der Fall Bonn-Tannenbusch** Seite 14
- 04 Empirische Ergebnisse zu Bonn-Tannenbusch** Seite 20
- 05 Radikalisierung vor Ort begegnen – Eine sozialräumliche Präventionsstrategie zur Verhinderung von Radikalisierung** Seite 28
- 06 Fazit** Seite 36
- Literaturverzeichnis** Seite 38
- Impressum** Seite 55

01

Einleitung

Radikalisierung ist zu einem anhaltenden gesellschaftlichen Thema geworden, das sowohl den Rechtsextremismus, einschließlich der Reichsbürger*innen- und Querdenker*innen-Szene, als auch den Islamismus umfasst, wie Demonstrationen mit islamistischen Symbolen und Bezug zum Nahost-Konflikt, bspw. 2023 in Essen, zeigen. Die Erkenntnis, dass es zahlenmäßig starke Gruppen gibt, die extremistisches Gedankengut verinnerlicht haben und propagieren, ist zu einer Routine in der Wahrnehmung geworden.

Radikalisierung als Prozess der Hinwendung zum Extremismus findet jedoch nicht im „luftleeren Raum“ statt. Es gibt immer gesellschaftliche bzw. kontextuelle Rahmenbedingungen, die Radikalisierungsprozesse ermöglichen oder gar hervorbringen. Dabei variieren Individualisierungsprozesse häufig stark und verlaufen nicht-linear. Vor diesem Hintergrund existieren daher keine universell gültigen Erklärungsformen für Radikalisierung (vgl. Neumann 2013). Dennoch wurden in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche Modelle entwickelt, die Radikalisierung durch aufeinander aufbauende Phasen erklären und damit zahlreiche Anhaltspunkte für weitere empirische Untersuchungen liefern (u. a. McCauley und Moskalenko 2017; Kruglanski et al. 2014; della Porta 2013; Borum 2011). Ausgangspunkt ist dabei häufig die Biografie der Menschen, die sich radikalieren. In diesem Bereich liegen in der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit eine Reihe von Ansätzen vor.

Ein Faktor, der bisher wenig systematisch berücksichtigt wurde, sind die Orte, an denen sich Menschen radikalieren, obwohl international an einer Reihe von spezifischen Orten vermehrt Radikalisierungsprozesse stattgefunden haben (u. a. Varvelli 2016). Wenn daraus folgt, dass der Raum, in dem sich Menschen verorten, einen Einfluss auf die Anfälligkeit für Radikalisierung hat, bedarf es auch einer raumbezogenen Strategie der Radikalisierungsprävention.

Vor diesem Hintergrund wurde aus den Ergebnissen des vom *Bundesministerium für Bildung und Forschung* (BMBF) geförderten Verbundprojekts *Radikalisierende Räume*¹ ein Ansatz der sozialräumlichen Radikalisierungsprävention entwickelt. Die Darstellung der sozialräumlichen Strategie der Radikalisierungsprävention bildet den Kern der vorliegenden Analyse. Vorangestellt wird ein kurzer Überblick über

¹ Durchgeführt wurde das Projekt am *Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* der *Universität Bielefeld* und der *FH Münster*. Online unter: www.radikalisierende-raeume.de zu finden.

den Stand der Forschung zu Radikalisierung und Raum mit einem Schwerpunkt auf islamistischer Radikalisierung.² Anschließend wird das Beispiel Bonn-Tannenbusch³ vorgestellt, in dessen Rahmen auch empirische Ergebnisse schlaglichtartig besprochen werden. Auf dieser Grundlage wird abschließend die sozialräumliche Radikalisierungsprävention beschrieben und es werden Handlungsempfehlungen für einen neuen Ansatz der Radikalisierungsprävention gegeben.

2 Unter Islamismus verstehen wir eine Ideologie, die im Kern auf die Errichtung einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung abzielt (vgl. Pfafl-Traughber 2011; Fouad und Said 2020). Um dieses Ziel zu erreichen, werden sowohl gewaltfreie als auch gewalttätige Mittel eingesetzt. Beim Salafismus handelt es sich um eine „fanatische und gewaltbereite Variante des Islamismus“, die sich durch eine besonders strenge Auslegung der Religion auszeichnet und vor allem Jugendliche anspricht (vgl. El-Mafalaani, 2014).

3 Das Rheinland im Allgemeinen und Bonn im Besonderen gehörten zu den wichtigsten Zentren der salafistischen Szene, zudem gingen aus Bonn eine Reihe von Foreign Terrorist Fighters hervor (u. a. Baehr 2014).

02

Forschungsstand

2.1 Auf die Adresse kommt es an! Benachteiligung durch Raum

Die soziologische und kriminologische Forschung konnte aufzeigen, dass räumliche Faktoren und Kontexte – beispielsweise auf Ebene eines Stadtteils – potenziell starken Einfluss auf die Lebenswelt, das Wohlergehen, die Erfahrungen und das Verhalten von dort lebenden Bewohner*innen haben (z. B. Meyer und Jencks 1989; Galster 2012; Sharkey & Faber 2014). Diese sogenannten *Kontexteffekte* äußern sich auf verschiedene Weise und in verschiedenen Lebensphasen. Kontexteffekte zeichnen sich besonders durch sozio-ökonomische Benachteiligungen auf räumlicher Ebene aus, denen die Bewohner*innen häufiger ausgesetzt sind. Dazu zählen z. B. Armut, Bildung und Bildungschancen, Kriminalität, Diskriminierungserfahrungen und gesundheitliche Aspekte (Durlauf 2004; Kauppinen 2007; Sastry 2012; Oakes et al. 2015).

Neben sozialstrukturellen und sozio-ökonomischen Facetten spielt auch die Ebene der räumlich vorherrschenden Sozialkultur, z. B. in Form von vorherrschenden Normen wie mehrheitlich geteilte Vorstellungen über Verhaltensweisen, eine entscheidende Rolle bei Kontexteffekten für die Anfälligkeit für Radikalisierung. So weisen einige Studien darauf hin, dass die benachteiligende Wirkung von Kontexteffekten zu Gefühlen kollektiver Diskriminierung und Deprivation führen kann (vgl. z. B. Myers 2004; Mouratidis 2020). Sowohl kollektive Diskriminierung als auch kollektive Deprivation wiederum weisen ein Radikalisierungspotenzial auf, das sich z. B. in Form der Akzeptanz von politischer Gewalt äußern kann (Beelmann 2020; Kurtenbach und Zick 2021; Jahnke et al. 2022). Eine weitere Facette der räumlich vorherrschenden lokalen Sozialkultur, die in Zusammenhang mit Radikalisierungspotenzial steht, ist ein geringes Vertrauen in den Staat und seine Institutionen (ebenda).

2.2 Es ist kein Zufall, wer sich radikalisiert und damit auch kein Zufall, wo es passiert

Radikalisierung als Prozess der ideologisch begründeten Rationalisierung spezifischer Formen abweichenden Verhaltens (Kurtenbach 2021, 7) führt dazu, dass Individuen und Gruppen extremistische Vorstellungen entwickeln und umsetzen wollen, was im schlimmsten Fall bedeutet, dass terroristische Handlungen geplant und durchgeführt werden. Für die Präventionspolitik und -praxis bedeutet dies, dass idealerweise bereits der Beginn eines Radikalisierungsprozesses verhindert oder gestoppt werden kann und nicht erst mit Personen gearbeitet wird, die bereits ein

gefestigt-extremistisches Weltbild aufweisen. Damit rücken die Ursachen bzw. Risikofaktoren für Radikalisierung in den Fokus.

In der Radikalisierungsprävention ist es von zentraler Bedeutung, Ursachen bzw. Risikofaktoren für Radikalisierung zu betrachten. Dazu wurden in den letzten Jahren zahlreiche Studien und Metaanalysen vorgelegt (Emmelkamp et al. 2020, McGilloway et al. 2015, Wolfowicz et al. 2020), die die verschiedenen Einflussfaktoren auf die Wahrscheinlichkeit bzw. Anfälligkeit für Radikalisierung ermitteln. Es ergibt sich ein komplexes, aber relativ kohärentes Bild. Es scheint eine Wechselwirkung zwischen sozialen, kontextuellen und strukturellen Faktoren zu geben, die die Anfälligkeit für Radikalisierung begünstigen. Armut bzw. das Gefühl relativer Deprivation (King und Taylor 2011), Diskriminierungserfahrungen (Lyons-Padilla et al. 2015) sowie die Wahrnehmung und Ansprache durch extremistische Gruppen in der eigenen Alltagswelt (Yayla 2020) sind solche Einflüsse – ebenso wie kritische Lebensereignisse (Freiheit et al. 2018, 24) oder die Interpretation tiefgreifender Ungerechtigkeiten (Moghaddam 2005).

Auffällig ist, dass diese Merkmale räumlich ungleich verteilt sind. Das heißt, es gibt Stadtteile innerhalb einer Stadt, in denen Menschen leben, die häufiger Diskriminierungserfahrungen gemacht haben oder in denen relativ viele Menschen leben, die einer extremistischen Gruppe angehören. Dies gilt auch für die Radikalisierungsanfälligkeit selbst (Küchler 2023). Besonders bemerkenswert ist, dass es hier Muster gibt, was konkret bedeutet, dass sich diese Merkmale räumlich überlagern. Stadtteile, in denen mehr Menschen mit Diskriminierungserfahrungen leben, sind häufig auch Stadtteile mit einer höheren Armutsquote (Kurtenbach 2017) und einem geringeren Vertrauen in staatliche Institutionen (Berg und Johansson 2016). Studien in verschiedenen nationalen Kontexten zeigen, dass diese lokalen lebensweltlichen Erfahrungen der Bewohner*innen potenziell mit Radikalisierung vor Ort und damit einem vermehrten Auftreten radikaler Gruppierungen einhergehen können (Frounfelker et al. 2019; Ellis et al. 2021).

Bringt man nun diese Beobachtungen mit den Ergebnissen zu Kontexteffekten zusammen, ist es naheliegend, den Raum als relevanten Einflussfaktor für die Anfälligkeit für Radikalisierung stärker in Betracht zu ziehen, als es bislang geschieht. Eine solche Einbeziehung nimmt einen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang an und schreibt dem Raum eine bedeutende Rolle für die Erhöhung der Radikalisierungsanfälligkeit zu. Eine solche eigenständige Wirkung des Raumes auf die Lebensrealität und das Verhalten seiner Bewohner*innen wäre dann ein Kontexteffekt.

Dies bedeutet, dass die Bedingungen in einem Raum, wie z. B. einem Stadtteil, die Wahrscheinlichkeit der Radikalisierung einer Person beeinflussen und potenziell erhöhen.

Hier sind zwei Aspekte hervorzuheben: Zum einen ist der Raum nicht der einzige Einflussfaktor, er wirkt vielmehr im Zusammenspiel verschiedener Einflüsse. Daher darf der räumliche Kontext nicht außer Acht gelassen werden, denn sonst müsste der Radikalisierungsprozess an zwei vollkommen unterschiedlichen Orten größtenteils identisch verlaufen, was wenig plausibel ist. Das heißt, Raum ist ein Einflussfaktor für die Anfälligkeit für Radikalisierung, aber nicht der einzige. Zum anderen muss beim räumlichen Einfluss zwischen sozialstrukturellen und soziokulturellen Merkmalen unterschieden werden. Ersteres meint beispielsweise die Armutsquote eines Stadtteils (Strohmeier 2006, 13), letzteres die kollektiv geteilten Einstellungen, z. B. Misstrauen gegenüber rechtsstaatlichen und demokratischen Institutionen, wie bspw. der Polizei (Leitgöb-Guzy 2018). Beide haben Einfluss auf die Realisierung von Lebenschancen, allerdings in unterschiedlicher Weise (Schuster und Volkmann 2019; Kurtenbach 2018, 29).

2.3 Potenzial und Kritik an einer räumlichen Perspektive auf Radikalisierung

Folgt man der bisherigen Argumentation, liegt es nahe, davon auszugehen, dass der Raum einen Einfluss auf Faktoren ausübt, die die Anfälligkeit für Radikalisierung erleichtern oder auch die soziale Kontrolle minimieren. Dies wiederum erleichtert die Etablierung extremistischer Gruppen, z. B. in einem Stadtteil. Demzufolge stellt der Raum Verhältnisse her, mit denen Menschen umgehen und ihr Verhalten anpassen müssen, um ihren Alltag erfolgreich gestalten zu können (Kurtenbach 2017).

Um das Potenzial dieser Perspektive zu verstehen, ist die Einbeziehung ihrer Grenzen nötig. Denn bei der Betrachtung, wer genau sich radikalisiert, ergibt sich kein einheitliches Bild. Häufig besteht das Vorurteil, dass sich vor allem Jugendliche aus benachteiligten städtischen Milieus radikalen Gruppen anschließen, insbesondere solche mit geringen Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und Verbindungen ins (klein-)kriminelle Milieu. Diese Annahme ist zunächst nicht falsch: Basra und Neumann (2016) konnten anhand von Fallbeispielen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden sowie dem Vereinigten Königreich zeigen, dass sich eine Reihe von Dschihadisten zuvor im (klein-)kriminellen Milieu bewegt hatte. Sandberg und Ilan er-

klären dieses Phänomen, indem sie zeigen, wie Stilelemente des (kleinkriminellen) Habitus in einen dschihadistischen Habitus transformiert werden (vgl. Ilan und Sandberg 2019). Andere Studien zeigen aber auch, dass radikalisierte Personen nicht selten studieren oder bereits über einen Hochschulabschluss verfügen (vgl. Baehr 2014; Lyall 2016). Für Khosrokhavar (2018) besteht der westliche Dschihadismus aus zwei Gruppen: Jugendliche (oft mit Migrationshintergrund), die in sozialen Brennpunkten leben und Jugendliche aus der Mittelschicht, die sich islamistischen Gruppen anschließen.

Doch auch die Orte, an denen sich Menschen radikalieren, unterscheiden sich stark. Die Forschung zeigt hier unterschiedliche Kontexte auf, in denen sich Radikalisierungsprozesse vornehmlich abspielen bzw. angestoßen werden können. Zu diesen Kontexten zählen u. a. Gefängnisse, das Ausland, Moscheen sowie das Internet (vgl. Kanon 2022). Zudem lässt sich international zeigen, dass sich Radikalisierungsphänomene, wie Radikalisierungsprozesse oder konkrete Fälle von Radikalisierung, auch geografisch konzentrieren, z. B. auf der Ebene von Stadtteilen (vgl. Bouhana 2019). Bezogen auf Stadtteile sind dies in Deutschland unter anderem Bonn-Bad Godesberg (vgl. Ebner und Hüttermann 2022), Dinslaken-Lohberg (vgl. Hüttermann 2018) oder auch Bonn-Tannenbusch, international u. a. Brüssel, insbesondere Molenbeek und Schaerbeek sowie Antwerpen (vgl. van Vlierden 2016) und London (vgl. Weeks 2016).

Im Zusammenhang mit räumlichen Konzentrationen wird von „dschihadistischen Hotbeds“ gesprochen (vgl. Varvelli 2016). Dabei ist die *Hotbed-These* in der Wissenschaft nicht unumstritten (vgl. Hecking 2022; Coolsaet 2018). Einer ihrer größten Kritiker ist der französische Soziologe Olivier Roy. Für Roy (2017) gibt es kein entsprechendes Passungsverhältnis zwischen Quartieren und Radikalisierungsprozessen, d. h. die soziodemografischen Hintergründe sind heterogen und Radikalisierungsphänomene lassen sich demnach nicht auf einzelne Orte zurückführen.

Die Bezeichnung bestimmter Quartiere oder Stadtteile als Brennpunkte, insbesondere auch in der medialen Rezeption, schreibt sich nach Hecking (2022) tief in das öffentliche Wissen über die jeweiligen Orte ein und vermittelt etwas vermeintlich Unveränderliches. Die Quartiere werden so mit einem Stigma belegt, das (insbesondere) für die Bewohner*innen nur schwer wieder abzulegen ist. Zugleich geraten die vor Ort vorhandenen Ressourcen und Potenziale aus dem Blick.

Diese Kritik verweist darauf, dass die räumliche Perspektive durchaus nur als *ein* Einflussfaktor für die Anfälligkeit für Radikalisierung verstanden werden kann. Auch gilt, dass sich trotz der Bedenken die Frage stellt, warum Radikalisierung in bestimmten Stadtvierteln häufiger vorkommt als in anderen. Einer der Autoren, die immer wieder auf die räumliche Konzentration von Radikalisierungsprozessen hinweisen, ist Farhad Khosrokhavar (2018). Seinen Analysen zufolge gibt es strukturelle Faktoren, die die Voraussetzungen für das Phänomen der räumlichen Radikalisierung schaffen:

Dazu gehören eine erhöhte Arbeitslosigkeit bzw. Armut, eine erhöhte Schulabbruchsquote, ethnische Homogenität der Bewohner*innen⁴, Kriminalität und Inhaftierung sowie dysfunktionale Familienstrukturen, wie z. B. instabile Familienverhältnisse und patriarchale Familienstrukturen.

Dazu kommt ein verbreitetes Gefühl der Stigmatisierung und Benachteiligung unter den Bewohner*innen. Wichtig ist, dass strukturelle Faktoren und die Erfahrung von Diskriminierung, Stigmatisierung und daraus resultierende Gefühle, wie Wut, allein nicht ausreichen, um Radikalisierungsphänomene zu erklären. Zugleich muss es Akteur*innen geben, die die Erfahrungen der Bewohner*innen kanalisieren und für ihre Zwecke instrumentalisieren. Für van Campenhoudt (2018) sind es gerade Diskriminierung und Stigmatisierung, die zu moralischer Empörung führen und für Anschlussfähigkeit bei radikalen Agitator*innen sorgen (vgl. 2018). Alle diese Merkmale bilden eine Alltagswelt, die vom Erleben der Entfremdung geprägt ist. Wie sich eine solche Alltagswelt konstituiert, wird im Folgenden am Beispiel von Bonn-Tannenbusch umrissen.

⁴ Ausschlaggebend ist nicht die Herkunft der Akteur*innen, sondern die soziale Position und die daraus resultierenden Diskriminierungswahrnehmungen. Daraus kann nach van Campenhoudt (2018) eine mobilisierbare Gruppenkultur entstehen, die sich gegen die (vermeintliche) Mehrheitsgesellschaft richtet.

03

Der Fall Bonn-Tannenbusch

3.1 Sozialstrukturelles Profil

Der Forschungsstand zur Auswirkung des Raumes auf Radikalisierung hat die Rolle der sozialräumlichen Lebensrealität der Bewohner*innen deutlich gemacht. Sozialstrukturelle Daten, z. B. zu Diversität, Einkommen oder Demografie, bilden diese in objektiver Weise ab und sind zur Einordnung und Beschreibung des vorliegenden Falles, Bonn-Tannenbusch, von hoher Relevanz.

Indikator	Neu-Tannenbusch	Stadt Bonn
Anteil Ausländer*innen	40,6 %	17,9 %
Anteil Ausländer*innen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern ⁵	21,8 %	5,1 %
SGB II-Quote	17,5 %	8,1 %
Anteil unter 18-Jähriger	24,9 %	16,5 %

Tabelle 1: Ausgewählte sozialstrukturelle Indikatoren in Neu-Tannenbusch und der Stadt Bonn, Stand 2021. Quelle: Bundesstadt Bonn, eigene Berechnungen.

Die Bundesstadt Bonn war bis 1999 Sitz der Bundesregierung und liegt im Süden von Nordrhein-Westfalen. In Bonn leben rund 330.000 Menschen. Der Ortsteil Tannenbusch gliedert sich in Alt- und Neu-Tannenbusch⁶. Neu-Tannenbusch liegt im äußersten Norden von Bonn und zeichnet sich baulich vor allem durch mehrere Hochhaussiedlungen aus. Der Ortsteil wird häufig mit sozialen Problemen in Verbindung gebracht und ist über Bonns Grenzen hinaus bekannt. Die Beschreibung der sozialstrukturellen Besonderheiten des Ortsteils Neu-Tannenbusch ist insbesondere aus dem Grund wichtig, als diese objektiven räumlichen Daten sich auf den Lebensalltag der Bewohner*innen Neu-Tannen-

⁵ Darunter fallen: Afghanistan, Ägypten, Albanien, Algerien, Aserbaidschan, Bahrain, Bangladesch, Brunei, Burkina Faso, Komoren, Dschibuti, Gambia, Guinea, Indonesien, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Kasachstan, Katar, Kosovo, Kuwait, Kirgisistan, Libanon, Libyen, Malaysia, Malediven, Mali, Mauretanien, Marokko, Mayotte, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Palästinensische Gebiete, Saudi-Arabien, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Syrien, Tadschikistan, Tschad, Tunesien, Türkei, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate und Westsahara

⁶ Die in Tabelle 1 dargestellten Daten sowie die weiteren Auswertungen beziehen sich auf Neu-Tannenbusch.

buschs auswirken und damit auch für weitere Analysen relevant sind. Neu-Tannenbusch ist mit 10.440 Einwohner*innen der zweitgrößte Ortsteil von Bonn. Neu-Tannenbusch zeichnet sich zudem durch eine hohe Diversität aus. Dies zeigt sich insbesondere am Ausländer*innenanteil von 40,6 %. Dieser Wert ist der zweithöchste von allen Ortsteilen in Bonn. Der Anteil an Ausländer*innen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern liegt bei knapp 22 %. Neu-Tannenbusch ist mit einer SGB II-Quote (Anteil der Leistungsberechtigten nach dem Sozialgesetzbuch II) von 17,5 % der am stärksten von Armut betroffene Ortsteil von Bonn. Zugleich ist Neu-Tannenbusch ein sehr junger Ortsteil: Rund ein Viertel der Einwohner*innen ist unter 18 Jahren. Damit ist Neu-Tannenbusch in dieser Statistik auf Platz zwei im stadtweiten Vergleich.

Bei der Einordnung des Falls Bonn-Tannenbusch hilft auch seine Verortung im Vergleich zu anderen Stadtteilen weiter. Hier zeigen die beiden Streudiagramme klare Zusammenhänge zwischen der Armutsquote eines Stadtteils, dem Ausländer*innen-Anteil (Abbildung 1) und dem Anteil von Kindern- und Jugendlichen (Abbildung 2). Jeder Punkt in der Abbildung ist ein Stadtteil Bonns und in beiden Diagrammen ist ein positiver Zusammenhang zu erkennen. Das heißt, dass Integration häufig unter den Bedingungen räumlich verfestigter Armut gelingen muss, ebenso wachsen besonders viele Kinder unter diesen räumlichen Umständen auf. Für Tannenbusch trifft dies in besonderer Weise zu.

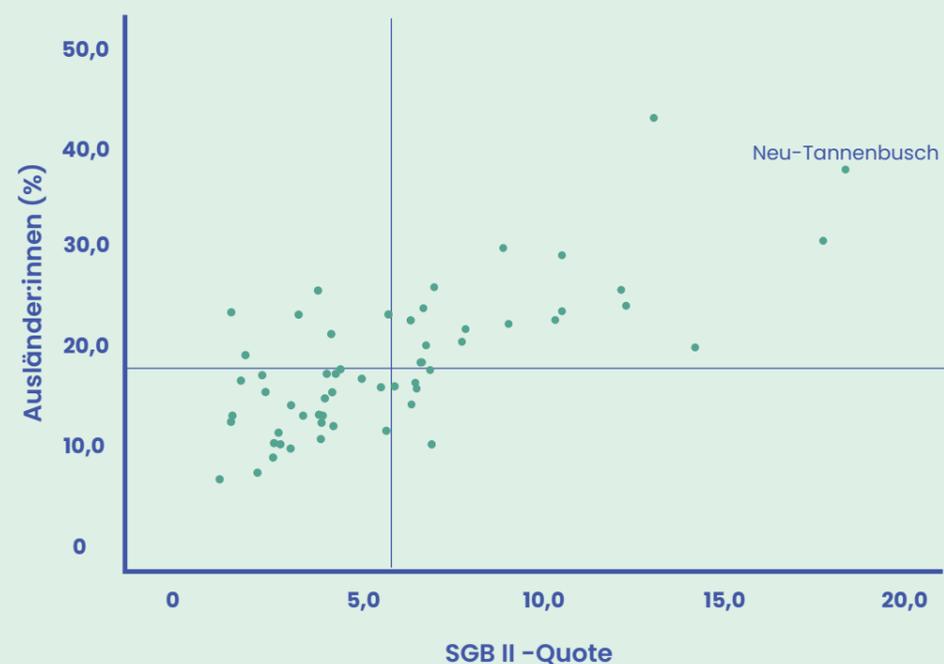


Abbildung 1: Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und Ausländer*innenanteil

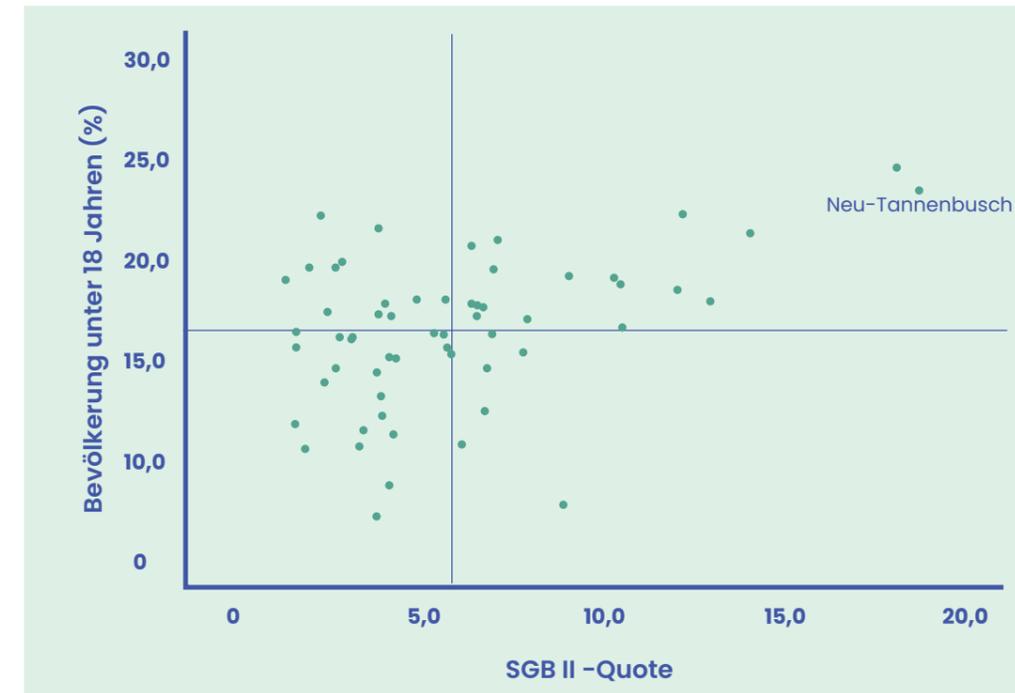


Abbildung 2: Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und der Bevölkerung unter 18 Jahre

Insgesamt lässt Neu-Tannenbusch sich auf Grundlage der präsentierten sozialstrukturellen Indikatoren als sehr junger, ethnisch hoch diverser, aber auch von sozialen Problemen geprägter Ortsteil von Bonn charakterisieren. Die sozialstrukturellen Daten lassen bereits einige potenziell benachteiligende Kontexteffekte vermuten, auf die im Weiteren noch näher eingegangen wird (vgl. 4.2). Wie oben dargestellt spielt neben sozialräumlichen Faktoren auch die Anwesenheit und ggf. Etablierung extremistischer Gruppen vor Ort eine entscheidende Rolle für die Radikalisierungsanfälligkeit auf räumlicher Ebene. Daher wird im Folgenden ein Blick auf die salafistische Szene in Bonn geworfen.

3.2. Die salafistische Szene in Bonn

Bonn gehört zu den Städten in Deutschland, die sich besonders mit dem Phänomen des lokalen Islamismus auseinandersetzen mussten. Zum einen sind von Bonn aus Jugendliche in die Kriegsgebiete des Nahen Ostens ausgereist, zum anderen gab es zwei Ereignisse, die überregional mediale Aufmerksamkeit erregten: Einerseits der verübte Bombenanschlag auf den Bonner Hauptbahnhof 2009 und andererseits die Auseinandersetzung zwischen der lokalen salafisti-

schen Szene, Pro NRW⁷-Demonstrant*innen und der Polizei 2012 in Bad-Godesberg. Hierbei wurde ein Polizist mit einem Messer angegriffen.

Laut Baehr (2014) wurde Bonn in den 1990er Jahren szenerelevant, als „führende Dschihadisten aus Hamburg und dem Ulmer Raum ins Rheinland zogen“ (ebenda: 232). Die Gründung der *König-Fahd-Akademie* stellt in diesem Zusammenhang ein Schlüsselereignis dar. Die Radikalisierung der Szene begann Mitte der 2000er Jahre (vgl. Baehr 2014). Zur gleichen Zeit traten salafistische Gruppen verstärkt im Internet und in der Öffentlichkeit auf. Zu den bekanntesten Personen zählten Pierre Vogel und Ibrahim Abou-Nagie. Der 2001 zum Islam konvertierte Vogel und der aus Bonn stammende ehemalige Unternehmer Abou-Nagie schlossen sich 2005 zusammen, um sich für die Religion zu engagieren (vgl. Abou-Taam et al. 2016). Der Plan war zunächst, durch das Verteilen von DVDs in die damalige sog. „Kopftuchdebatte“ einzugreifen (vgl. ebd.). Später wurden Internetseiten wie *islamweb.info* und *DieWahreReligion.de* ins Leben gerufen und öffentlichkeitswirksame Koran-Verteilaktionen in deutschen Innenstädten durchgeführt (vgl. ebd.).

Weitere relevante Personen in Bonn waren Abu Dujana und sein Vater Scheich al-Araby, die mit den Personen um die *Wahre Religion* kooperierten (vgl. ebd.), sowie Bekay Harrach aus Bonn-Tannenbusch. Harrach, der in seiner Wohnung in Tannenbusch Korankurse abhielt, wurde durch öffentliche Terrordrohungen bekannt (vgl. Abou Taam 2014). Bonn war nur eines von mehreren Zentren der Szene. Neben lokalen Stützpunkten reisten Prediger wie Dabbagh, Kamouss⁸ und Benhsain, aber auch Vogel mit ihren Islamseminaren durch ganz Deutschland, um junge Menschen für ihr Islamverständnis zu gewinnen (vgl. Abou Taam et al. 2016). Die Seminare wurden anschließend über das Internet zugänglich gemacht (vgl. ebd.).

3.3. Beschreibung der Daten

Für den vorliegenden Artikel beziehen wir uns auf verschiedene empirische Zugänge sowie Datenmaterial, das im Rahmen des Projekts *Radikalisierende Räume* erhoben wurde. Dabei handelt es sich um eine einjährige ethnographische Erhebung in Bonn-Tannenbusch.

Im Zentrum der Erhebungen standen Beobachtungen, ergänzt durch informelle ethnographische Interviews, die wie Alltagsgespräche funktionieren. Mit Hilfe dieser Alltagsgespräche erhielten wir Zugang zu Erfahrungswissen, lokalen Strukturen sowie Dynamiken vor Ort. Dargestellt werden Auszüge aus einzelnen Ergebnissen.

Im Fokus stehen dabei die Erinnerungen an die aktive Zeit der salafistischen Szene in Bonn-Tannenbusch (Kapitel 4.1). Zudem präsentieren wir Auszüge aus Interviews mit Bewohner*innen und Besucher*innen von Jugendeinrichtungen aus Tannenbusch in Form von pointierten Schlaglichtern. Insgesamt wurden 20 Interviews mit Bewohner*innen aus Tannenbusch geführt und vor allem die Themenkomplexe Armut und Kriminalität, kollektive Diskriminierungs- und Deprivationserfahrungen sowie ein geringes Vertrauen in Institutionen und Gesellschaft angesprochen (Kapitel 4.2).

⁷ PRO NRW war eine rechtsextreme deutsche Kleinstpartei, die 2019 aufgelöst wurde und in einen Verein umgewandelt wurde: https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerbewegung_pro_NRW#cite_note-vfs11-2. Letzter Zugriff 15.12.2023.

⁸ Dieser hat sich mittlerweile von seinen damaligen Predigten distanziert: <https://www.deutschland-funkkultur.de/abdul-adhim-kamouss-wem-gehoert-der-islam-ein-berliner-imam-100.html>. Letzter Zugriff: 12.12.2023.

04

Empirische Ergebnisse zu Bonn-Tannenbusch

4.1. Ethnographische Streifzüge – Erinnerungen an die salafistische Szene in Tannenbusch

Ob und wie sich die Bewohner*innen an die salafistischen Gruppen erinnern, differiert stark. Die Analyse der erhobenen Daten zeigt, dass sich das Phänomen Salafismus stark auf Neu-Tannenbusch beschränkt. Bewohner*innen aus Alt-Tannenbusch geben häufiger an, nichts oder nur aus den Medien davon gehört zu haben.

Im Rahmen der Erhebung erinnerten sich viele Menschen in Neu-Tannenbusch an einen Auftritt von Pierre Vogel, der aus einem Auto heraus eine öffentliche Rede hielt. Andere berichten, dass die salafistischen Gruppierungen mehrmals durch den Stadtteil gezogen sind und vor allem Jugendliche angesprochen haben. Die Jugendlichen wurden zu Koranseminaren in eine angemietete Wohnung eingeladen, um zu beten, zu diskutieren und Zeit miteinander zu verbringen. Die salafistischen Gruppen haben „Streetwork“ betrieben. Sie haben lebensweltliche Themen angesprochen, mit denen die Jugendlichen etwas anfangen konnten, weil sie selbst davon betroffen waren: beispielsweise Diskriminierungserfahrungen, v. a. von Muslim*innen, sowie die soziale Benachteiligung vor Ort. Ähnlich wie Sozialarbeiter*innen haben die salafistischen Gruppen Partei für die Jugendlichen in Tannenbusch ergriffen. Das Angebot der salafistischen Gruppierungen ist keineswegs immer auf Resonanz gestoßen. So berichtet ein Gesprächspartner, dass die Gruppe ihm und seinen Freunden von Anfang an suspekt war – ihre Kleidung und ihre Art zu reden. Nach anfänglichem Zuhören seien sie dann „weggelaufen“ oder hätten „die Salafisten verarscht“, also nicht ernst genommen.

Ein Problem, das sich in mehreren Gesprächen zeigte, war, dass viele Menschen vor Ort die salafistischen Gruppen nicht kannten und daher ihr Handeln und ihre Absichten nicht richtig einschätzen konnten. Eine Gesprächspartnerin berichtete, dass einige Bewohner*innen den Grundgedanken, dass sich Jugendliche mehr mit dem Islam und dem Koran auseinandersetzen sollten, positiv aufgenommen hätten. Ebenso positiv wurden die darauffolgenden Veränderungen bei den Jugendlichen aufgenommen: weniger Alkohol, Drogen, Partys, weniger Aktivitäten auf der Straße, mehr zu Hause sein und (zunächst) ein besseres Verhältnis zu den Eltern. Gleichzeitig kam es zunehmend auch zu Konflikten mit den Eltern, in denen es auch um die religiöse Alltagspraxis der Eltern ging, die von den Kindern als nicht islam-konform empfunden wurde.

Bewohner*innen, die die Präsenz der Gruppen zwar nicht wahrgenommen haben, berichten dennoch von Veränderungen vor Ort. Dazu gehörten Mädchen, die plötzlich vollverschleiert waren. In einem anderen Gespräch erzählt eine Pädagogin, dass damals Salafisten in die Einrichtung kamen, um gezielt Jugendliche anzusprechen. Mit der Pädagogin wurde als Frau nicht direkt kommuniziert, sondern nur über die männlichen Jugendlichen. Die Ansprache der Frauen erfolgte über Frauen, man traf sich in Schwesternrunden. Eine Frau, die in Tannenbusch wohnte und besonders aktiv war, bekam Druck aus der Community, nachdem bekannt wurde, welche Absichten die Salafisten tatsächlich verfolgten. Das zeigt, dass Tannenbusch auch ein Ort ist, an dem sich Menschen gegen Anwerbeversuche wehren, sowohl aus Teilen der Zivilbevölkerung als auch aus Teilen der pädagogischen Landschaft.

Für Pädagog*innen war es damals eine herausfordernde Zeit. Eine junge Frau berichtet, dass sich in dieser Zeit ein Mitschüler an ihrer Schule radikalisiert hat. Sowohl Lehrer*innen als auch Mitschüler*innen waren erstaunt, weil der Betreffende zuvor keinerlei religiöse Interessen gezeigt hatte. Eine solche Situation sei vor allem für Lehrkräfte schwierig, die keinen Bezug zur Religion im Allgemeinen und zum Islam im Besonderen hätten.

Der Lehrer hätte die Verhaltensänderung des Schülers als Gesprächsangebot wahrnehmen können, um mit ihm in Kontakt zu treten. Stattdessen wurden die Sicherheitsbehörden informiert. Eine solche Reaktion steht der Vertrauensbildung im Weg, insbesondere in einem Stadtteil, in dem das Verhältnis zu Polizei und Sicherheitsbehörden für einige der Anwohner*innen oftmals ohnehin schwierig ist. Die hier dargestellte Situation steht nicht exemplarisch für das pädagogische Personal; andere haben die Gelegenheit genutzt, um mit den betroffenen Jugendlichen in Kontakt zu treten.

Auch heute noch gibt es in Bonn einige Vereine und Moscheen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, zum Teil jedoch, weil sich dort als Gefährder*innen eingestufte Personen aufhalten und nicht, weil die Einrichtungen selbst als verfassungsgefährdend eingestuft werden. Die Zahl der als salafistisch eingestuften Personen vor Ort lag 2018 bei etwa 350 Personen⁹, von denen 40 als Gefährder*innen eingestuft werden.

⁹ Einer dieser Orte ist bspw. die *Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft (DMG)* in Braunschweig, in der u. a. Abul Baraa predigt.

Die salafistischen Gruppierungen treten in den letzten Jahren weit- aus weniger in der Öffentlichkeit auf. Die Szene hat sich grundsätzlich verändert und ausdifferenziert: Viele der damaligen Akteur*innen sind ausgereist, ausgestiegen oder verhaftet worden. Viele Aktivitäten finden allerdings nach wie vor im Internet statt, heute vor allem in den Social Media-Kanälen, aber auch wieder an festen Orten über die Republik verteilt.¹⁰

Die Bewohner*innen nehmen die Veränderung ebenfalls wahr und geben an, dass sich die Situation deutlich beruhigt hat. Dies deckt sich mit unseren Beobachtungen vor Ort. Allerdings bedeutet diese Entwicklung nicht, dass sich die Situation in Tannenbusch vollständig entspannt hat. Die Feldforschungen haben gezeigt, dass es in Bonn und Umgebung Einrichtungen gibt, die bspw. Verbindungen zur *Muslimbruderschaft* haben sollen und ein (nicht verbotenes) Religionsverständnis vermitteln, das einerseits sehr separatistisch ist und andererseits nicht immer mit demokratischen Normen und Werten übereinstimmt, z. B. in Bezug auf Geschlechterrollen.

Zum Teil sind Prediger vor Ort, die weiterhin dem salafistischen Spektrum zugerechnet werden. Die Seminare dieser Prediger richten sich häufig an Jugendliche, deren Eltern möglicherweise nicht bewusst ist, was für eine antidemokratische Interpretation des Islam in den entsprechenden Einrichtungen gelehrt wird. Jugendliche, die an solchen Predigten, Seminaren oder auch Internetangeboten teilnehmen, übernehmen das Gehörte jedoch nicht automatisch eins zu eins. In der Erhebung wird deutlich, dass einige Teilnehmer*innen solche Interpretationen als wahr erachten, während andere sie in ihrer strengen Form ablehnen. Bei vielen führt dies zu Ambivalenzen, weil die vermittelten Vorstellungen nur schwer mit dem Alltag in Einklang zu bringen sind. Aus unserer Perspektive sind gerade deshalb Präventionsangebote wichtiger denn je, die sowohl das Internet als auch den Sozialraum einbeziehen.

4.2. Schlaglichter aus Interviews mit Bewohner*innen – Folgen von Benachteiligung und Radikalisierungspotenziale in Bonn-Tannenbusch

Während die Anwesenheit von extremistischen Gruppierungen vor Ort einen maßgeblichen Faktor für räumlich verortete Radikalisierungs-

¹⁰ Einer dieser Orte ist bspw. die *Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft (DMG)* in Braunschweig, in der u. a. Abul Baraa predigt.

potenziale bildet, zeigen die ethnographischen Streifzüge auf, dass den räumlich vorherrschenden sozialstrukturellen und -kulturellen Faktoren ebenfalls eine entscheidende Rolle zukommt. So wird etwa das gezielte Ansprechen von Aspekten, wie kollektivem Diskriminierungserleben oder Deprivationswahrnehmungen, durch z. B. salafistische Akteur*innen relevant. Dies deutet bereits an, welche Rolle die Folgen von Benachteiligung, wie Armut und Kriminalität, und damit einhergehenden Radikalisierungspotenzialen in Form von Kontexteffekten in Tannenbusch spielen. Dementsprechend haben auch unsere Interviewpartner*innen auf diese Kontexteffekte hingewiesen. Der überwiegende Teil der Befragten aus Tannenbusch berichtet in den Interviews von einer stark ausgeprägten Wahrnehmung von Armut. Diese lebensweltlichen Eindrücke aus den Interviews decken sich mit den objektiven Sozialstrukturdaten, die für Tannenbusch auf kleinräumiger Ebene vorliegen (vgl. Tab. 1). Dieses Beispielzitat verdeutlicht diese Wahrnehmung:

*„Ja, ähm, Armut. Ja, gibt auf jeden Fall sehr viel. Also ich weiß, ich kenne jetzt nicht genau die Statistiken, aber ich bin mir sehr sicher, dass sehr, sehr viele Leute, die hier wohnen, sozialhilfeabhängig sind.“ (Bewohner*in 6)¹¹*

An zahlreichen Stellen im Interviewmaterial wird zudem ein wahrgenommenes Zusammenspiel aus Armut und Kriminalität deutlich. Die vorherrschende Armut wird dabei als entscheidender Grund dafür beschrieben, warum Menschen in Tannenbusch kriminell werden, etwa mit „Drogen dealen“, wie diese beiden Beispiele verdeutlichen:

*„Auf jeden Fall die Kriminalität, die Leute auf jeden Fall da, weil ich die größtenteils kenne, weil das größtenteils auch meine Kindheitsfreunde waren, aber sie als Person, auch wenn die Leute einfach nur nicht aus dieser Lage herauskommen, Geld zu verdienen. Das ist, denke ich, das Problem eigentlich. Dass die Leute einfach nur für ihre Familien Geld verdienen wollen, und zwar sehr viel und das hör' ich auch immer mit, verstehen Sie, was ich meine?“ (Bewohner*in 1)*

*„Also ich glaube, dass die halt eher wenig Geld haben und halt eine eher größere Familie. Dann wird der Druck halt, dass sie die Familie ernähren müssen und ja, ich glaube, das ist der meiste Grund, warum Leute anfangen, Drogen zu dealen.“ (Bewohner*in 8)*

Dass sich die benachteiligenden Kontexteffekte Armut und Kriminalität auf die lokale Sozialkultur auszuwirken scheinen, wird in den Interviews ebenso deutlich. Zahlreiche Interviewpartner*innen weisen auf kollektive Diskriminierungserfahrungen hin, die in Tannenbusch gemacht werden. Das folgende Zitat verdeutlicht das Zusammenspiel von für Tannenbusch typischen benachteiligenden Kontexteffekten und der daraus resultierenden lokalen Sozialkultur:

*„Ich hatte das Gefühl, durch den Status, dass ich in Tannenbusch aufwachse und auch dort lebe, diskriminiert worden bin. [...] [D]ass ich zum Beispiel mitten auf der Straße gefragt worden bin: Hey, hast du was zu verkaufen? Oder von Freunden höre: Ey, du kommst aus Tannenbusch? Boah, wie ist es denn da? Ist doch bestimmt voll schlimm und so. Oder auch von Lehrern, wie gesagt, aus der Ausbildung habe ich auch immer oder auch in der Schule habe ich öfters die Sätze gehört so: Ja, Tannenbusch ist nicht gut. Tannenbusch ist ein sozialer Brennpunkt. Da sind sehr viele Straftäter und daher kommen auch die ganzen Kriminalitätsfälle in Bonn.“ (Bewohner*in 7)*

Ein Interviewpartner berichtet davon, dass er von Lehrer*innen in der achten Klasse darauf hingewiesen wurde, dass Diskriminierungserfahrungen aufgrund seiner Herkunft aus Tannenbusch und den damit verbundenen negativen Zuschreibungen zu erwarten seien:

*„Das hat schon damals meine Lehrerin gesagt. Die meinte, ah bestimmte Leute werden, zwei meiner Lehrerinnen war ganz wichtig, einen guten Eindruck zu hinterlassen, weil sie meinte, es gibt, das hat sie damals schon gesagt, als wir in der Achten waren, glaube ich, da hat sie schon gesagt: Leute, es werden Leute, es werden eure Arbeitgeber, also wenn ihr euch anmelden wollt und die sehen, ihr kommt aus Tannenbusch, es gibt Leute, die dann sagen: Oh nee, die nehmen wir nicht. Die sind asozial. Die sind kriminell. Es wird Leute geben, die so auf euch reagieren werden und ihr müsst darauf vorbereitet sein und genau dann Gegenwind leisten oder euch von eurer besseren Seite zeigen. Und es wurde einem damals schon so eingetrichtert, dass es Leute gibt, die euch diskriminieren, die euch nicht wollen, weil ihr aus Tannenbusch kommt. Es wird euch alles schwerer fallen.“ (Bewohner*in 3)*

¹¹ Die Interviews wurden aufgezeichnet und im Anschluss transkribiert. Die hier präsentierten Zitate wurden in Rechtschreibung und Interpunktion angepasst.

Eine weitere Ausprägung einer durch benachteiligende Kontexteffekte beeinflussten Sozialkultur in Tannenbusch ist neben kollektiven Diskriminierungserfahrungen ein kollektives Deprivationsempfinden. Das folgende Zitat verdeutlicht die Wahrnehmung, dass Menschen in Tannenbusch im Vergleich zu anderen Stadtteilen ökonomisch schlechter gestellt seien. Gleichzeitig wird dieses Empfinden als Ursache für Kriminalität herangezogen:

*„Ich habe auch das Gefühl, dass es uns hier in Tannenbusch den meisten Menschen finanziell schlechter geht. Und ich kann mir auch vorstellen, dass deswegen viele auch vielleicht kriminell werden. Also ich weiß nicht, vielleicht fehlt denen das Geld und dann werden die, vor allem Jungs, die wollen Geld und machen halt krumme Sachen, um ihr Geld zu verdienen.“ (Bewohner*in 3)*

Das Empfinden kollektiver Deprivation äußert sich auch in einer potenziellen „Perspektivlosigkeit“, insbesondere bei männlichen Kindern und Jugendlichen, wie das folgende Zitat unterstreicht:

*„Also ich würde sagen, vor allem bei männlichen Jugendlichen, Perspektivlosigkeit. Ganz oft also, ich bin jetzt seit einem Jahr ungefähr im Jugendzentrum, kriege ein bisschen mit, wie auch schon bei den kleinen Kindern dieses: Wir sind aus Tannenbusch, wir sind arm, hier werden Drogen gedealt oder sonst was. Da passiert so eine Art von Shaping einfach. Also ich glaube, da rutschen ganz, ganz viele von den Kindern rein, weil die merken, dass Tannenbusch anders ist von anderen Stadtteilen und dass man auch andere Lebensaussichten sozusagen hat.“ (Bewohner*in 6)*

Die erlebte kollektive Deprivation äußert sich in diesem Zitat einerseits in dem Gefühl, dass Tannenbusch sich negativ von anderen Stadtteilen unterscheidet und andererseits darin, dass schlechtere Perspektiven bzw. „Lebensaussichten“ zu erwarten seien. Studien zeigen, dass Perspektivlosigkeit potenziell eine wichtige Rolle in Hinwendungsprozessen zu Extremismus und politischer Gewalt einnehmen kann (vgl. „Sensation Seeking“, Schumpe et al. 2020).

Neben den Gefühlen kollektiver Diskriminierung und Deprivation ist auch ein geringes Vertrauen in staatliche Institutionen und die Gesellschaft als ein Risikofaktor für Radikalisierungsprozesse zu verstehen (Jahnke et al. 2022). Diese Facette wird in den Interviews ebenso deutlich, wie die beiden folgenden Zitate zeigen:

*„[D]a merk ich jetzt auch rückblickend, dass viele von denen wirklich diese klassische Biografie hatten. Zum Teil irgendwie PoC oder Migrationsgeschichte, dann in einem sogenannten sozialen Brennpunkt aufgewachsen, irgendwie in Armut aufgewachsen, dann kaum großartige Akzeptanz von der Gesellschaft, in der Schule läuft auch nicht so gut, weil irgendwie die Lehrer gegen einen sind oder gegen einen schießen.“ (Bewohner*in 11)*

*„Drogenprobleme, Geldprobleme, aber auch Vernachlässigung von diesen Jugendlichen, vom Staat und ja auf jeden Fall von der oberen Schicht sozusagen.“ (Bewohner*in 12)*

Die Schlaglichter aus den Interviews mit Bewohner*innen von Tannenbusch zeigen deutlich, dass benachteiligende Kontexteffekte in der alltäglichen Lebenswelt eine große Rolle spielen. Dies wird insbesondere an den Aspekten Armut und Kriminalität deutlich. Das Erleben dieser benachteiligenden Kontexteffekte wirkt sich zudem auf die lokale Sozialkultur in Tannenbusch aus und begünstigt Aspekte wie Gefühle kollektiver Diskriminierung und Deprivation sowie ein geringeres Vertrauen in Staat und Gesellschaft, die in der Literatur zu Radikalisierung als Risikofaktoren ausgemacht werden können.

05

Radikalisierung vor Ort begegnen – Eine sozialräumliche Präventionsstrategie zur Verhinderung von Radikalisierung

Bisher wurde anhand des Forschungsstandes, der Darstellung des Falls Bonn-Tannenbusch sowie empirischer Arbeiten herausgearbeitet, dass der Wohnort einen Einfluss auf dort lebende Bewohner*innen hat und ihre Anfälligkeit für Radikalisierung begünstigen kann. Die Interviewaussagen unterstreichen, wie der Stadtteil, die dort agierenden Personen, die vorherrschenden Strukturen und die Narrationen über den Ort prägend für die Bewohner*innen sind. Diese Erkenntnisse bilden die Grundlage für die Implementierung einer sozialräumlichen Präventionsstrategie.

5.1 Etablierte Präventionslogik

Prävention meint grundsätzlich die Verhinderung von Vorkommnissen, Handlungen oder Zuständen, die für eine einzelne Person oder Gesellschaft negative und möglicherweise schädigende Folgen hat. Durch verschiedene Maßnahmen soll diesen präventiv, also vor deren Eintreten, begegnet und sie so verhindert oder abgemildert werden. Bislang geht man in der Präventionsarbeit von einer dreigeteilten Logik von primärer, sekundärer und tertiärer (Caplan 1964) bzw. universeller, selektiver und indizierter Prävention (Gordon 1983) aus. Die aus den Gesundheitswissenschaften stammenden Einteilungen haben El-Mafaalani und Kolleg*innen (2016) auf die Radikalisierungsprävention übertragen: *Primäre* Präventionsangebote richten sich nicht an eine spezifische Personengruppe, sondern sind offen auf die breite Bevölkerung ausgerichtet. Ziele sind hier beispielsweise Wissensvermittlung und Empowerment. Angebote der *sekundären* Prävention adressieren Risikogruppen, die radikalierungsspezifische Anfälligkeiten mit sich bringen oder bereits erste Anzeichen zeigen. Diesen ersten Auffälligkeiten soll in einem frühen Stadium des Radikalisierungsprozesses begegnet werden. Die *tertiäre* Prävention umfasst die Intervention in Form der Distanzierungs- bzw. Deradikalisierungsarbeit und richtet sich an Personen, die im Radikalisierungsprozess fortgeschritten sind (El-Mafaalani et al. 2016).

Die bisherige Betrachtung der Präventionsarbeit macht Folgendes deutlich: Es handelt sich um individuumsbezogene Ansätze, bei denen der Fokus auf dem*der Einzelnen oder Gruppenprozessen liegt. Eine wichtige Rolle spielt vor allem das *Wer* bei dieser Betrachtung, weniger das *Wo*. Deutlich wird dies auch an einer deutschlandweiten Erhebung der Präventionslandschaft im Bereich der Prävention islamistischer Radikalisierung, die im Forschungsprojekt *MAPEX* durchgeführt wurde. Die Untersuchung von 555 Projekten und Maßnahmen im Bereich der Radikalisierungsprävention zeigt, dass vorrangig Methoden der politischen Bildung (81 %), der Pädagogik (77 %) und der Sozialen Arbeit (75 %) an-

gewandt werden, während strukturbezogene Vorgehensweisen, wie Netzwerkarbeit (3 %), nur einen geringen Stellenwert haben (Freiheit et al. 2021). Gleiches zeigt sich bei der Auswertung der Projektabsichten, die vor allem die Sensibilisierung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit (95 %) sowie die Förderung von Toleranz und Wertschätzung (93 %) zum Ziel haben, während Strukturförderung sowie Vernetzung (3 %) hier ebenfalls eine randständige Rolle spielen (ebenda). Auch die im Rahmen des Projekts *MAPEX* durchgeführte qualitative Erhebung der angewandten Methoden spiegelt eine fast ausschließliche Orientierung an der einzelnen Person wider (Waleciak 2021).

Waleciak gliedert die Methoden in sozioökonomische Ansätze, die sich durch die Verbesserung der wirtschaftlichen und materiellen Situation und die Verbesserung von Grundbedürfnissen auszeichnen. Systemische Ansätze richten sich an das soziale System und Beziehungsgefüge der adressierten Klient*innengruppe. Psychosoziale Ansätze fördern die psychische Gesundheit und die Identität der*des Einzelnen, während ideologische Ansätze durch Dialogarbeit und politische Bildung an den Überzeugungen der Klient*innen ansetzen. Methoden wie Familientherapie, Biographiearbeit oder Job-Coachings unterstreichen den individualszentrierten Blick der Praxis auf die Präventionsarbeit. Beachtlich ist dieser Fokus vor allem deshalb, weil nur ein sehr geringer Anteil der befragten Projekte und Maßnahmen überhaupt mit radikalisierten Personen (16 %) bzw. deren Angehörigen (21 %) arbeitet (Freiheit et al. 2021).

In der sozialarbeiterischen Präventionsarbeit gibt es eine weitere Einteilung von Präventionsansätzen. Gegliedert wird hier in die geläufige Verhaltensprävention, die sich an negativ bewertetes Verhalten Einzelner richtet und die seltener adressierte Verhältnisprävention, die die Verbesserung von Lebensumständen zum Ziel hat (Galuske 2013). Der Ansatz der Veränderung von Lebensverhältnissen hat durch die benannten sozioökonomischen Methoden bereits Eingang in die Radikalisierungsprävention gefunden. Verändert wird hier die Lebenssituation des Individuums, zum Beispiel durch die Unterstützung bei der Wohnungssuche und die Integration in den Arbeitsmarkt (Waleciak 2021), nicht aber der Raum, in dem sich die einzelne Person befindet. Der bestehende soziale Raum wird vor allem genutzt, um die Situation und das Verhalten des Individuums zu verändern, wohingegen eine sozialräumliche Präventionsstrategie umgekehrt die Veränderung des sozialen Raums zum Ziel hat, um Veränderungsprozesse bei den dort lebenden Individuen zu bewirken.

5.2 Das Problem der Übertragbarkeit bisheriger Präventionslogiken auf den Raum

Hinsichtlich der bisherigen, am Individuum orientierten Dreiteilung der Prävention können verschiedene Kritikpunkte benannt werden:

Sekundäre und tertiäre Präventionsangebote richten sich an potenziell gefährliche/gefährdete Personen bzw. solche, die bereits gefährdendes Verhalten zeigen. Das kann stigmatisierend wirken und die Hemmschwelle zur Inanspruchnahme von Angeboten sowohl für die betroffenen Personen als auch für deren Angehörige erhöhen. Der Aspekt einer weiteren Stigmatisierung wäre insbesondere vor dem Hintergrund der in den Interviews geäußerten (und bereits erlebten) kollektiven Diskriminierung hoch problematisch und stellt potenziell eine Hürde für die Präventionsarbeit dar. Eine möglicherweise diskriminierende und stigmatisierende Rahmung sollte daher vermieden werden.

Gleiches gilt für Einrichtungen, die sich bei Verdacht auf eine Radikalisierung ihrer Besucher*innen Unterstützung durch spezielle Angebote im Feld der sekundären bzw. tertiären Prävention suchen. Bedenken, als die Einrichtung im Stadtteil zu gelten, in der sich Personen radikalisiert haben oder sich radikalisierte Personen aufhalten, bauen Hürden auf, die verhindern könnten, dass Radikalisierungstendenzen innerhalb der Einrichtung offengelegt werden.¹²

Dies benennt eine weitere Schwäche bisheriger Präventionsausrichtungen, vor allem wenn es sich nicht um eine Maßnahme der Einzelfallhilfe handelt. Im benannten Beispiel erfolgen Interventionen innerhalb der Einrichtung, wobei nicht berücksichtigt wird, dass Menschen nicht nur *eine* Lebenswelt in ihrem Alltag haben, in der sie sich befinden und die sie umgibt. In ihren verschiedenen Umgebungen verhalten sie sich anders und eignen sich unterschiedliche Dinge an. Diese Lebenswelten befinden sich in einem lokal gebundenen Raum, häufig dem Stadtteil, aber auch in den Sozialen Medien. Folgt der Logik nun, dass ausschließlich in der Einrichtung, in der das Problem erkannt wurde, Maßnahmen zum Tragen kommen, wird nur ein kleiner Teil einer komplexen Lebenswelt der betroffenen Person adressiert. Die Folge kann sein, dass die Einrichtung nicht mehr besucht wird und es zu einer Problemverlagerung an einen anderen Ort kommt oder eine augenscheinliche

¹² Dabei wird der*die Besucher*in sich nicht nur an einem Ort radikalisieren oder ein solches Verhalten zeigen, vielmehr wird es an der Sensibilisierung der Fachkräfte liegen, mögliche Anfälligkeiten und Gefahrenpotenziale zu erkennen und zu benennen.

Veränderung durch Anpassung stattfindet, die sich dann nur an den Kontext der Einrichtung oder Institution richtet. Solche Anpassungsstrategien sind aus Arbeiten zu abweichendem Verhalten bekannt und können auch hier angenommen werden (Anderson 1999, Lindegaard 2017). Für eine umfassende Präventionsarbeit braucht es demnach den gesamten Raum, um einen breiten und nachhaltigen Effekt zu erzielen.

Bisherige Präventionsangebote im Bereich des Islamismus werden bislang vor allem in Form befristeter Modellprojekte angeboten. Lediglich 16 % sind unbefristet in der Angebotsstruktur verankert (Kurtenbach und Schumilas 2021). Primärpräventive Angebote werden von 65 % der 305 auf dieser Präventionsebene verorteten und in der MAPEX-Studie befragten Projekte an Schulen durchgeführt. Von den 38 Angeboten im Bereich der tertiären Prävention agieren 45 % im Handlungsfeld Schule (Freiheit et al. 2021). Diese sind meist aufgrund ihrer strukturellen Einbindung in die Institution Schule auf einen kurzen Zeitraum begrenzt. Dementgegen steht der Prozess der Radikalisierung, der sich selten innerhalb kurzer Zeit vollzieht, sondern meist schleichend und langanhaltend voranschreitet. Daher ergibt sich auch ein Zeitproblem, da die Angebote die Lebenswelten der Teilnehmenden nur kurzfristig und in einem begrenzten Raum adressieren.

5. 3. Sozialräumliche Radikalisierungsprävention in der Praxis

Was macht die sozialräumliche Radikalisierungsprävention also aus und wie gestaltet sie sich in der Praxis? Der Fokus liegt auf sozialen Räumen, insbesondere Stadtteilen und richtet sich nicht an eine einzelne Einrichtung, für die ein Projekt konzipiert werden soll, sondern an die Angebotslandschaft, also die Menge aller Angebote an einem Ort (Kurtenbach und Schumilas 2021). Bezogen auf den beschriebenen Fall steht also nicht ein einzelnes Angebot, zum Beispiel ein Jugendzentrum in Bonn-Tannenbusch, im Fokus der Präventionsstrategie, sondern es geht vielmehr darum, die gesamte Angebotslandschaft vor Ort anzusprechen. Dies geschieht bspw. durch Vernetzung und Kooperation, aber auch durch eine Veränderung der Angebotslandschaft sowie der Strukturen. Menschen im Stadtteil sollen dazu befähigt werden, Radikalisierung zu erkennen, einzuschätzen und darauf zu reagieren, aber auch bewerten zu können, wenn kein Fall von Radikalisierung vorliegt. Erfahrungen hierzu gibt es bereits in anderen Bereichen, wie beim Umgang mit Kriminalität, bspw. im Programm *ZSM and Safety Houses* in

den Niederlanden.¹³ Die Strukturen sollten so gestaltet werden, dass sie präventiv für den Stadtteil wirken. Der möglichen Stigmatisierung einer einzelnen Einrichtung wird vorgegriffen, da durch die Verlagerung auf den gesamten Raum, weg von einer spezifischen Einrichtung, alle zur Angebotslandschaft zählenden Beteiligten in die Präventionsarbeit einbezogen werden und sich koordinieren, um einer Verantwortungsdiffusion entgegenzuwirken.

Im Mittelpunkt der hier konzipierten sozialräumlichen Präventionsstrategie steht die Frage, ob es einen Fall bzw. einen Vorfall im Stadtteil gab bzw. gibt oder nicht. Dieser Vorfall kann z. B. das Vorhandensein einer extremistischen Gruppierung im Stadtteil, extremistisch begründete Gewalttaten oder Anwerbungsversuche vor Ort, aber auch im digitalen Raum, umfassen. Dieser Marker legt fest, ob es sich um fallunspezifische oder fallspezifische Prävention handelt und damit, in welcher operativen Phase agiert wird. Die fallunspezifische Prävention, bzw. *Beobachtungsphase*, kann grundsätzlich in jedem Stadtteil angewandt werden, in dem keiner der zuvor beschriebenen Fälle vorliegt, unabhängig von seiner Sozialstruktur oder lokalen Verortung. Sie sieht die Stärkung der Resilienz eines Stadtteils sowie das Zusammenleben der Bewohner*innen vor und zielt auf die Abschwächung der weiter oben beschriebenen und im empirischen Material klar greifbaren Kontexteffekte ab.

Ein wichtiger Aspekt ist hier die Stärkung der Angebotslandschaft vor Ort, die in dieser Phase durch anlasslosen Austausch und eine breite Vernetzung der Einrichtungen im Stadtteil realisiert wird. Dazu gehören bspw. Mitarbeiter*innen von Jugend- oder Familienzentren, der Quartiers- und Gemeinwesenarbeit oder Beratungsstellen. Die spezifische Einbeziehung der Akteur*innen der Angebotslandschaft muss an den jeweiligen Stadtteil angepasst werden. Dadurch werden Strukturen aufgebaut, auf die in der fallspezifischen Prävention auch kurzfristig zurückgegriffen werden kann.

In der *Beobachtungsphase* geht es darum, durch Vernetzung die Ressourcen und Lücken in der vorhandenen Angebotslandschaft zu identifizieren. Das hierfür gebildete Gremium kann an bereits bestehende Strukturen von Einrichtungen der Quartiersarbeit angedockt werden, um die Organisation möglichst kostenneutral zu halten. Der Austausch wird alle drei bis vier Monate für rund eine Stunde angesetzt und soll neben Akteur*innen der Sozialen Arbeit auch solche aus den

¹³ <https://www.cep-probation.org/zsm-and-safety-house-cep-study-visit/>. Letzter Zugriff am 15.12.2023.

Sicherheitsbehörden miteinbeziehen. Weitere mögliche Partner*innen, wie lokal parteipolitisch Engagierte oder Glaubensgemeinschaften werden fachbezogen von den Beteiligten vor Ort ausgewählt. Ein fachlicher Anspruch besteht bei der Ausgestaltung der Treffen noch nicht; sie dienen der Vernetzung und dem Austausch, oder aber der Realisierung gemeinsamer Aktivitäten.

In der *Beobachtungsphase* darf der digitale Raum nicht vergessen werden, da Radikalisierung häufig online stattfindet, sich aber genauso auf den sozialen Raum im Stadtteil niederschlägt. Denn bei der Verbreitung von radikalen Inhalten im Netz wird auch immer wieder die Lebensrealität der Bewohner*innen vor Ort einbezogen, insbesondere in Form von kollektiven Diskriminierungs- und Deprivationserfahrungen. Zudem spiegeln sich Aktivitäten im Netz immer auch sozialräumlich wider. Hier braucht es eine Arbeitsgruppe, die das Geschehen im Netz mit Bezug auf den Stadtteil und den dort agierenden Personen beobachtet. Der digitale Raum muss als Alltagswelt verstanden werden, in der sich Menschen so selbstverständlich aufhalten, wie in der Schule oder in Jugendzentren – und in der sie sich demnach auch radikalieren können.

In der fallunspezifischen Prävention ist die Rolle des Arbeitskreises noch passiv, ohne ein selbstständiges Eingreifen in die Kommunikation verschiedener Social Media-Kanäle. Diese Strategie ändert sich in der fallspezifischen Prävention, bei der die Deutungshoheit nicht möglicherweise radikalen Akteur*innen überlassen werden darf, sondern bei der aktiv, z. B. durch Postings, Werbung für Projekte vor Ort und Teilnahme an der Kommunikation, eingegriffen wird. Für die Aufgabe des Monitorings und der Intervention im digitalen Raum bedarf es spezifischer Multiplikator*innen-Fortbildungen für die Fachkräfte des Arbeitskreises.

Hat es jedoch einen Vorfall im Stadtteil gegeben, findet der Wechsel von der fallunspezifischen in die fallspezifische Prävention statt und die *Interventionsphase* beginnt. Ob ein Ereignis vor Ort als Vorfall gewertet wird, entscheidet das Gremium anhand eines Fragebogens. Dieser kommt ebenfalls zum Tragen, wenn es um die Bewertung eines Wechsels zurück in die fallunspezifische Prävention geht. Die *Interventionsphase* läuft zunächst über einen Zeitraum von einem Jahr; anschließend wird die Notwendigkeit einer Fortführung überprüft. Die Festlegung der *Interventionsphase* auf ein Jahr bietet zum einen die Möglichkeit, dass die neu geschaffenen Strukturen etabliert und verstetigt werden und sie so ihre präventiven Potenziale entfalten können. Zum anderen sorgt der begrenzte Zeitraum dafür, dass die Notwendigkeit der Intervention, die mit höheren finanziellen und personellen Ressourcen verbunden ist, immer wieder überprüft wird.

In der *Beobachtungsphase* wurden Strukturen geschaffen, auf denen in der *Interventionsphase* aufgebaut werden kann. Die Netzwerkarbeit muss intensiviert werden und in kürzeren, regelmäßigen Abständen stattfinden. Zudem bedarf es hier einer Professionalisierung und Spezialisierung, wozu auch kommunale Mittel bereitgestellt werden sollten. Teilnehmer*innen sind nun weniger die Akteur*innen des Stadtteils, sondern es werden überregionale Expert*innen aus dem Feld der Radikalisierungsprävention, und bei Bedarf auch aus den Sicherheitsbehörden, einbezogen. Die beteiligten Akteur*innen vor Ort werden zudem innerhalb des Netzwerks von Expert*innen der Radikalisierungsprävention geschult.

Das bestehende Gremium hat nun die Aufgabe, aufzuarbeiten, wie es zu einem bestimmten Vorfall kommen konnte. Wichtig ist hier eine klare und offene Kommunikation, da De-Thematisierung zu Unsicherheiten führen kann und extremistischen Akteur*innen das Feld überlässt. Ziel ist es, die Deutungshoheit über den Raum zurückzuerlangen. Die Frage nach bestehenden Lücken, die die Möglichkeit zur Radikalisierung eröffnet haben, muss gestellt werden, um die Bedarfe decken und die Lücken schließen zu können. Für die Erschließung der Ressourcen und Bedarfe der Angebotslandschaft sind die bisherigen Vernetzungsstrukturen der Angebote vor Ort hoch relevant. Sie zeigen die Notwendigkeit einer Präventionsstrategie bereits in der fallunspezifischen Prävention.

Ein weiterer wichtiger Baustein in der *Interventionsphase* ist die Arbeit mit Betroffenen von extremistischen Verhaltensweisen und ihren Angehörigen, z. B. durch Angebote der Einzelfall- oder auch Gruppenarbeit. Der Einbezug von Opferberatungsstellen in das Netzwerk bereits im Rahmen der fallunspezifischen Prävention ist dringend zu empfehlen, um die Verantwortung und das Vorgehen in der *Interventionsphase* frühzeitig festzulegen und bestehende Kontakte nutzen zu können. Neben der Betroffenenberatung kann auch die Arbeit mit den Bewohner*innen des Stadtteils, z. B. in Form von Gesprächsrunden, durchgeführt werden, was je nach Ort und Vorkommnis entschieden werden muss.

Nachdem die *Interventionsphase* über einen Zeitraum von zwölf Monaten konsequent umgesetzt wurde, bedarf es einer erneuten Einschätzung des Gremiums anhand des für die Fachkräfte bereitgestellten Fragebogens. Entlang der gleichen Fragen wird nun erneut die Situation im Stadtteil eingeschätzt und abgewogen, ob es noch Anzeichen für Vorkommnisse gibt. Finden sich Anhaltspunkte, wird weiter in der *Interventionsphase* agiert, lassen sich keine finden, so vollzieht sich erneut ein Wechsel in die *Beobachtungsphase* der fallunspezifischen Prävention.

06

Fazit

Die Anfälligkeit von Menschen für eine Radikalisierung wird mitunter durch die sie umgebende Alltagswelt beeinflusst. Aus diesem Grund kommt dem (Sozial-)Raum, in dem sie leben, eine wichtige Rolle bei der Prävention von Radikalisierung zu. Bislang ist der räumliche Blick auf Radikalisierung noch nicht geschärft – weder in der Wissenschaft noch in der Präventionspolitik oder -praxis. Dabei bietet ein räumlicher Ansatz zahlreiche Vorteile, da ein solches Präventionsangebot entlang der Verhältnisse arbeitet, in denen Menschen leben und nicht unmittelbar auf das Verhalten von Menschen abzielt, zu denen häufig kaum oder gar kein Kontakt besteht.

Ein weiterer Vorteil ist, dass sich der Ansatz der sozialräumlichen Radikalisierungsprävention die grundsätzlich nachgewiesenen räumlichen Einflussfaktoren auf die Lebenschancen von Menschen zu Nutze macht. Das bedeutet, wenn die Verhältnisse in einem Stadtteil Menschen benachteiligen, können sie ggf. auch eine Ressource darstellen, für deren Aktivierung es aber das Engagement von Fachkräften der Sozialen Arbeit braucht. Sie können das Sozialkapital einer Nachbarschaft stärken und ein tragfähiges Netzwerk zwischen den Einrichtungen knüpfen. Das kann die Anschlussmöglichkeiten für extremistische Gruppen verringern und die Lebensqualität vor Ort steigern.

Das Schaffen von Voraussetzungen für eine sozialräumliche Radikalisierungsprävention birgt viele Vorteile. Ein Vorteil ist, dass die Angebotslandschaft fallspezifisch reagieren kann und konzentriert, zielstrebig, aber durchaus zeitlich begrenzt, interveniert. Ein weiterer Vorteil ist, dass die *Interventionsphase* endlich ist, während die Strukturen vor Ort grundsätzlich weiterbestehen, was bei Projektförderungen häufig nicht der Fall ist.

Der Fall Tannenbusch zeigt, dass der Raum eine Rolle bei der Erklärung der Anfälligkeit für Radikalisierung spielt. Denn hier haben es islamistische Akteure geschafft, Fuß zu fassen und die marginalisierte Situation und Benachteiligung, in der zahlreiche Menschen in diesem Stadtteil leben, auszunutzen. Die gesammelten Erinnerungen an die islamistische Agitation vor Ort sowie die Perspektive der Bewohner*innen auf ihren Stadtteil legen das nahe. Zugleich war die lokale Angebotslandschaft zum Zeitpunkt der Hochphase der Agitation mit dem Phänomen verständlicherweise überfordert. Mittlerweile wurde jedoch Expertise aufgebaut und eine enge Vernetzung zwischen den Einrichtungen etabliert. Aus den Erfahrungen aus diesem und weiteren Stadtteilen können wir lernen und den Raum als Einflussfaktor auf eine Verhinderung von Radikalisierung einerseits und als Mittel zur Prävention andererseits nutzen.

In Zukunft wird es darauf ankommen, eine solche sozialräumliche Radikalisierungsprävention in Modellprojekten praktisch zu überprüfen und intensiv zu evaluieren. Ziel muss es sein, den Ansatz möglichst implementierungsfähig zu gestalten und an bestehende Strukturen, wie Gesellschaftlicher Zusammenhalt (ehemals Soziale Stadt), Stadtteilarbeitskreise oder sozialräumlich ausgerichtete Strategien der Familienarbeit, wie Familienzentren, möglichst nahtlos anzubinden. Dazu braucht es einen intensiven Austausch von Wissenschaft und Praxis, um diesen neuen Ansatz der Radikalisierungsprävention hervorzubringen.

Literaturverzeichnis

- Abou Taam, M., Dantschke, C., Kreuz, M., Sarhan, A., (2016). Selbstverständnis salafistischer Strömungen. Frankfurt: Peace Research Institute.
- Anderson, E. (1999). Code of the Street: Decency, Violence, and the Moral Life of the Inner City. New York: W. W. Norton and Company.
- Baehr, D. (2014). Dschihadistischer Salafismus in Deutschland. In T. G. Schneiders (Hg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. 232-250. Bielefeld: transcript.
- Basra, R., Neumann, P. (2016). Criminal Pasts, Terrorist Futures: European Jihadists and the New Crime-Terror Nexus. In: *Perspectives on Terrorism* 10 (6), 25-40.
- Beelmann, A. (2020). A social-developmental model of radicalization: A systematic integration of existing theories and empirical research. *International Journal of Conflict and Violence (IJCV)*, 14, 1-14.
- Berg, M., Johansson, T. (2016). Trust and Safety in the Segregated City: Contextualizing the Relationship between Institutional Trust, Crime-related Insecurity and Generalized Trust. *Scandinavian Political Studies*, 39(4), 458-481. <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12069>.
- Bouhana, N. (2019). The Moral Ecology of Extremism: A Systemic Perspective.
- Bozay, K. (2017). De-Radikalisierung und Prävention als pädagogische Instrumente gegen Islamismus und Salafismus. In: Kemal Bozay, Dierk Borstel (Hrsg.): *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft*. Springer VS 2017, 447-471.
- Campenhoudt, L. van (2018). Jihadisme: le parcours de combattants, *Sciences Humaines* Nr. 301, 42-43.
- Caplan, G. (1964). *Principles of Preventive Psychiatry*. New York: Basic Books.
- Coolsaet, R. (2017). *Moolenbeek and Violent Radicalization: A Social Mapping*. Brüssel.

Della Porta, D. (2013). *Clandestine Political Violence*. Cambridge: Cambridge University Press.

Durlauf, S. N. (2004). Neighborhood effects. *Handbook of regional and urban economics*, 4, 2173-2242.

Ebner J., Hüttermann J. (2022). Migration nach der Migration: Muslim/innen in konfliktförmigen Integrationsritualen der Bonner Stadtgesellschaft. *Soziale Welt*. 2022 (Sonderband 25: Islam in Europa, hrsg. v. Monika Wohlrab-Sahr & Levent Tezcan): 206-237.

Ellis, B. H., Miller, A. B., Sideridis, G., Frounfelker, R., Miconi, D., Abdi, S., F. Aw-Osman, C. Rousseau, C. (2021). Risk and Protective Factors Associated with Support of Violent Radicalization: Variations by Geographic Location. *International journal of public health*, 66, 617053.

El-Mafaalani, A., Fathi, A., Mansour, A., Müller, J., Nordbruch, G., Waleciak, J. (2016). Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit. HSFK-Report Nr. 6/2016.

El-Mafaalani, A. (2014). Salafismus als jugendkulturelle Provokation In T. G. Schneiders (Hg.), *Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung*. 232-250. Bielefeld: transcript. 355-362.

Emmelkamp, J., Asscher, J. J., Wissink, I. B., Stams, G. J. J. M. (2020). Risk factors for (violent) radicalization in juveniles: A multilevel meta-analysis. *Aggression and Violent Behavior*, 55 (December 2019). <https://doi.org/10.1016/j.avb.2020.101489>

Fouad, H., Said, B (2020). Islamismus, Salafismus, Dschihadismus. Hintergründe zur Historie und Begriffsbestimmung, unter: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/322920/islamismus-salafismus-dschihadismus/>. Letzter Zugriff am 15.12.2023

Freiheit, M., Uhl A., Zick, A. (2021). Ein systematischer Blick auf die Präventionslandschaft in Deutschland. In MAPEX-Forschungsverbund (Hrsg.). *Radikalisierungsprävention in Deutschland. Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung*. Osnabrück/Bielefeld, 49-82.

Freiheit, M., Uhl, A., Zick, A. (2018). Was hilft gegen islamistische Radikalisierung? Präventions- und Ausstiegsarbeit in Deutschland, forum kriminalprävention, 24-28.

Frounfelker, R. L., Frissen, T., Vanorio, I., Rousseau, C., d'Haenens, L. (2019). Exploring the discrimination-radicalization nexus: empirical evidence from youth and young adults in Belgium. *International journal of public health*, 64, 897-908.

Galster, G. C. (2011). The mechanism(s) of neighbourhood effects: Theory, evidence, and policy implications. In *Neighbourhood effects research: New perspectives*, Dordrecht: Springer Netherlands, 23-56.

Galuske, M. (2013). *Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Gordon, R. S. (1983). An operational classification of disease prevention. *Public Health Reports*, 98(2), 107-109.

Hecking, B. (2022). Von „Brutstätten“ und „Hochburgen“ der Radikalisierung im städtischen Raum. Eine Betrachtung aus Perspektive der kritischen Raumforschung. In Sabine Behn, Britta Elena Hecking, Kayra Hohmann und Victoria Schwenzer (Hg.). *Raum, Resilienz und religiös begründete Radikalisierung. Radikalisierungsprävention in städtischen Räumen*. Bielefeld: transcript (Urban studies), 67-82.

Hüttermann J. (2018). Neighbourhood Effects on Jihadist Radicalisation in Germany? Some Case-Based Remarks. *International Journal of Conflict and Violence*. 2018; 12, 1-16.

Ilan, J., Sandberg, S. (2019). How 'gangsters' become jihadists: Bourdieu, criminology and the crime-terrorism nexus. In: *European Journal of Criminology* 16 (6), 1-17.

Jahnke, S., Abad Borger, K., Beelmann, A. (2022). Predictors of political violence outcomes among young people: A systematic review and meta-analysis. *Political Psychology*, 43(1), 111-129.

Kanol, E. (2022). Contexts of Radicalization of Jihadi Foreign Fighters from Europe. In: *Perspectives on Terrorism* (16), 45-62.

Kauppinen, T. M. (2007). Neighborhood effects in a European city: Secondary education of young people in Helsinki. *Social Science Research*, 36(1), 421-444.

Khosrokhavar, F. (2018). *Le nouveau jihad en Occident*. Paris: Robert Laffont (Le monde comme il va).

Khosrokhavar, F. (2016). *Radicalisation*. Paris: edition de la maison des sciences de l'homme.

King, M., Taylor, D. M. (2011). The radicalization of homegrown jihadists: A review of theoretical models and social psychological evidence. In *Terrorism and Political Violence*, 23(4), 602-622. <https://doi.org/10.1080/09546553.2011.587064>.

Kruglanski, A.W., Gelfand, M., Bélanger, J., Sheveland, A., Hetiarachchi, M., Gunaratna, R. (2014). The Psychology of Radicalization and Deradicalization: How Significance Quest Impacts Violent Extremism. In *Advances in Political Psychology* 35, 2, 69-93.

Küchler, A. (2023). *Messung der Anfälligkeit für Radikalisierung*. Bielefeld: Universität Bielefeld.

Kurtenbach, S., Schumilas, L. (2021). Angebotslandschaften islamistischer Radikalisierung – Eine deutschlandweite und kommunale Analyse. In MAPEX-Forschungsverbund (Hrsg.), *Radikalisierungsprävention in Deutschland. Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung*. Osnabrück/Bielefeld, 143-76.

Kurtenbach, S. (2021). *Radikalisierung und Raum. Untersuchung räumlicher Einflüsse auf die Anfälligkeit für Radikalisierung*. Bielefeld: Universität Bielefeld

Kurtenbach, S., Zick, A. (2021). Ein Kontextmodell zur Erklärung von Radikalisierungsanfälligkeit. Bielefeld/Münster: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld/Fachbereich Sozialwesen der FH Münster.

Kurtenbach, S. (2017). *Leben in herausfordernden Wohngebieten*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-16853-7>.

Leitgöb-Guzy, N. (2018). Wohnumfeld und Polizeivertrauen – Der Einfluss subjektiver Wahrnehmung nachbarschaftlicher Eigenschaften auf das Vertrauen in die Polizei. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 101(5-6), 421-435. <https://doi.org/10.1515/mks-2018-1015-602>.

Lindegaard M. R. (2017). *Surviving Gangs, Violence and Racism in Cape Town: Ghetto Chameleons*. London: Routledge.

Lyll, G. (2017). Who are the British Jihadists? Identifying Salient Biographical Factors in the Radicalisation Process. In: *Perspectives on Terrorism* 11 (3), 62-70.

Lyons-Padilla, S., Gelfand, M. J., Mirahmadi, H., Farooq, M., van Egmond, M. (2015). Belonging nowhere: Marginalization & radicalization risk among Muslim immigrants. In *Behavioral Science & Policy*, 1(2), 1-12. <https://doi.org/10.1353/bsp.2015.0019>.

Mayer S, Jencks C. (1989). Growing up in poor neighborhoods: How much does it matter? In *Science* 243, 1441-45.

McCauley, C., Moskalenko, S. (2017). Understanding Political Radicalization: The Two-Pyramids Model. In *American Psychologist* 72, 3, 205-216.

McGilloway, A., Ghosh, P., Bhui, K. (2015). A systematic review of pathways to and processes associated with radicalization and extremism amongst Muslims in Western societies. In *International Review of Psychiatry*, 27(1), 39-50. <https://doi.org/10.3109/09540261.2014.992008>.

Moghaddam, F. M. (2005). The Staircase to Terrorism: A Psychological Exploration. In: *American Psychologist*, 60(2), 161-169. <https://doi.org/10.1037/0003-066X.60.2.161>.

Myers, C. K. (2004). Discrimination and neighborhood effects: Understanding racial differentials in US housing prices. In *Journal of urban economics*, 56(2), 279-302.

Oakes, J. M., Andrade, K. E., Biyoow, I. M., Cowan, L. T. (2015). Twenty years of neighborhood effect research: an assessment. *Current epidemiology re-ports*, 2, 80-87.

Pfahl-Traugher, A. (2011). Islamismus. Was ist das überhaupt? Definition, Merkmale, Zuordnungen, unter: <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt/>. Letzter Zugriff am 15.12.2023

Roy, O. (2017). *Jihad and Death. The Global Appeal of Islamic State*. London.

Sastry N. (2012). Neighborhood effects on children's achievement: a review of recent research. In *Oxford Handbook on Child Development and Poverty*, ed. RB King, V Maholmes, 423-47. New York: Oxford Univ. Press.

Schumpe, B. M., Bélanger, J. J., Moyano, M., Nisa, C. F. (2020). The role of sensation seeking in political violence: An extension of the Significance Quest Theory. In *Journal of Personality and Social Psychology*, 118(4), 743-761.

Schuster, N., Volkmann, A. (2019). Lebenschancen im Quartier: Wirkungen sozialräumlicher Strukturen im Stadtteil auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen. (Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e. V. (FGW)). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66340-7>. Letzter Zugriff am 15.12.2023

Sharkey, P., Faber, J. W. (2014). Where, when, why, and for whom do residential contexts matter? Moving away from the dichotomous understanding of neighborhood effects. In *Annual review of sociology*, 40, 559-579.

Strohmeier, K. P., (2006). *Segregation in den Städten*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

Varvelli, A. (Hg.) (2016). *Jihadist Hotbeds. Understanding Local Radicalization Processes*. Mailand.

Vliedden, G. van (2016). Molenbeek and Beyond. The Brussels-Antwerp Axis as Hotbed of Belgian Jihad. In Arturo Varvelli (Hg.). *Jihadi Hotbeds. Understanding Local Radicalization Processes*. Milano, 49-62.

Waleciak, J. (2021). Die Handlungspraxis der Deradikalisierungsarbeit in Deutschland – Eine explorative Systematisierung der praktischen Ansätze. In MAPEX-Forschungsverbund (Hrsg.), Radikalisierungsprävention in Deutschland. Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung. Osnabrück/Bielefeld, 115-142.

Weeks, D. (2016). Hotbeds of Extremism: the UK Experience. In Arturo Varvelli (Hg.). Jihadi Hotbeds. Understanding Local Radicalization Processes. Milano, 63-74.

Wolfowicz, M., Litmanovitz, Y., Weisburd, D., Hasisi, B. (2020). A Field-Wide Systematic Review and Meta-analysis of Putative Risk and Protective Factors for Radicalization Outcomes. In Journal of Quantitative Criminology (Vol. 36, Issue 3). Springer US. <https://doi.org/10.1007/s10940-019-09439-4>.

Yayla, A. S. (2019). Prevention of Recruitment to Terrorism. In A. P. Schmid (Ed.), Handbook of Terrorism Prevention and Preparedness, International Center for the Counter-Terrorism (ICCT), 396-443. https://www.icct.nl/sites/default/files/2023-01/Handbook_Schmid_2020.pdf. Letzter Zugriff am 21.12.2023.

Über das Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)

Das Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) besteht seit Beginn der aktuellen Förderperiode von „Demokratie leben!“ (2020-2024). Es reagiert auf die Entwicklungen im Phänomenbereich und begleitet sowohl die Präventions-, Interventions- und Ausstiegsarbeit als auch die im Themenfeld geführten fachwissenschaftlichen Debatten. Als Netzwerk, in dem die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus, ufuq.de und Violence Prevention Network zusammenarbeiten, analysiert KN:IX aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der universellen, selektiven und indizierten Islamismusprävention und bietet Akteur*innen der Präventionsarbeit einen Rahmen, um bestehende Ansätze und Erfahrungen zu diskutieren, weiterzuentwickeln und in die Arbeit anderer Träger zu vermitteln. Das Kompetenznetzwerk versteht sich als dienstleistende Struktur zur Unterstützung von Präventionsakteur*innen aus der Zivilgesellschaft, öffentlichen Einrichtungen in Bund, Ländern und Kommunen sowie von Fachkräften etwa aus Schule, Jugendhilfe, Strafvollzug oder Sicherheitsbehörden. Neben dem Wissens- und Praxistransfer zwischen unterschiedlichen Präventionsträgern hat KN:IX das Ziel, mit seinen Angeboten zu einer Verstärkung und bundesweiten Verankerung von präventiven Ansätzen in Regelstrukturen beizutragen.

www.kn-ix.de

Über Violence Prevention Network

Violence Prevention Network gGmbH ist eine NGO, die seit zwei Jahrzehnten mit Erfolg in der Extremismusprävention sowie der Deradikalisierung und Distanzierungsbegleitung tätig ist. Durch die Arbeit mit rechtsextremistisch und islamistisch gefährdeten sowie radikalisierten Menschen hat sich das Team von Violence Prevention Network über die Jahre eine international anerkannte Expertise im Bereich der Arbeit mit ideologisch motivierten Straftäter*innen erworben.

Das Ziel von Violence Prevention Network ist es, dass ideologisch gefährdete Menschen und extremistisch motivierte Gewalttäter*innen durch Deradikalisierungsarbeit ihr Verhalten ändern, ein eigenverantwortliches Leben führen und (wieder) Teil des demokratischen Gemeinwesens werden, um so Extremismus jeder Art vorzubeugen. Die gemeinnützige Organisation, mit Hauptsitz in Berlin, stellt Instrumente und Ressourcen zur Verfügung, damit radikalisierte Menschen ihre bisherigen Verhaltensmuster reflektieren und überwinden können. Sie sollen befähigt werden, ein Leben zu führen, in dessen Verlauf sie weder sich selbst noch andere schädigen. Zudem werden Angehörige und Fachkräfte im konstruktiven, präventionsfördernden Umgang mit radikalisierten Personen unterstützt und fortgebildet.

Über 150 Mitarbeiter*innen sind aktuell (2023) in acht Bundesländern sowie im europäischen Ausland und in den USA für Violence Prevention Network tätig und decken sämtliche Facetten der Extremismusprävention und Deradikalisierung in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und Islamismus ab. Neben den klassischen Ansätzen der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung setzt die NGO seit 2016 auch Projekte im Online-/Social Media-Bereich um.

Violence Prevention Network ist sowohl in der Primär- und Sekundär- als auch in der Tertiärprävention tätig.

Über die Autor*innen

Gerrit Weitzel (M.A.) studierte Sozial- und Erziehungswissenschaft. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für *interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* (IKG) der *Universität Bielefeld*. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich gesellschaftlicher Konflikte, rekonstruktiver Forschungsmethoden und der Jugendforschung.

Linda Schumilas studierte Soziale Arbeit an der *FH Münster* und Präventionsmanagement an der *TU Chemnitz*. Seit 2020 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der *FH Münster* und arbeitet dort zu Radikalisierung und Radikalisierungsprävention sowie zu sexualisierter Gewalt. In der Praxis ist sie zudem als Sozialarbeiterin tätig.

Yann Rees (M.A.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* (IKG) der *Universität Bielefeld* sowie am *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt* (FGZ) am Standort Bielefeld. Zudem ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der *FH Münster*. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen die extreme Rechte, Konflikte und Zusammenhalt im lokalen Kontext sowie Nachbarschaft.

Dr. Sebastian Kurtenbach ist Professor für Politikwissenschaft/Sozialpolitik an der *FH Münster* und Privatdozent an der Fakultät für Sozialwissenschaft der *Ruhr-Universität Bochum*. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der sozialwissenschaftlichen Stadt-, Migrations- und Konfliktforschung, v. a. zu Kontexteffekten, Radikalisierung, Nachbarschaft und Digitalisierung.

Publikationen des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX):

Analysen

Ostwaldt, Jens. 2023. Analyse #13: Radikalisierungsprävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-13/>.

Vogel, Heiner. 2023. Analyse #12: Grauzonen des Islamismus? Neue Akteur*innen in sozialen Medien. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-12/>.

Dittmar, Vera, Herrmann, Anja, Joes, Anja, Gesing Alexander. 2023. Analyse #11: Zwischen Psychotherapiebedarf und Klient*innen-Selbstbestimmung. Hintergründe von Therapieablehnung und mögliche Lösungsansätze für Distanzierungsprozesse im Phänomenbereich Islamismus. https://kn-ix.de/wp-content/uploads/2022/07/231023_KNIXAnalyse_BAGRelEx.pdf.

Martensen, Sven-Jonas, Matthias Bernhard Schmidt und Şeyda Sariçam. 2023. Analyse #10: Säkularismus und Religion im Spannungsfeld der Islamismusprävention. Eine muslimische Praxisperspektive. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-10/>. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus.

Nietz, Sina Marie. 2022. Analyse #9: Phänomenübergreifende Perspektiven in der Extremismusprävention. Gemeinsamkeiten extremistischer Ideologien und Ansatzpunkte für die Präventionsarbeit. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-9/>. Berlin: ufuq.de.

Gödde, Thomas. 2022. Analyse #8: Soziale Kompetenzen als Bildungsziel. Von spezifischen Präventionsangeboten zu einer kompetenzorientierten Perspektive. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-8/>. Berlin: ufuq.de.

Glatz, Oliver. 2022. Analyse #7: Islamisierter Antisemitismus. Motive, Motivgeschichte, Probleme, Lösungsansätze. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-7/>. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus.

Nössing, Elisabeth. 2022. Analyse #6: Das Widerstandsdispositiv im islamistischen Extremismus. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-6/>. Berlin: Violence Prevention Network gGmbH.

Puvogel, Mariam. 2022. Analyse #5: Attraktivitätsmomente von Kampfsport aus geschlechterreflektierender und rassismuskritischer Perspektive. Anschlussmöglichkeiten und Fallstricke für die (präventiv-)pädagogische Praxis. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-5/>. Berlin: ufuq.de.

Caliskan, Hakan. 2022. Analyse #4: „aber ich kann ja jetzt nicht noch Islam so studieren wie Sie!“ Praxisorientierte und diskriminierungssensible Handlungsstrategien zu vermeintlich religiös konnotierten Konflikten im Schulalltag. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-4/>. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus.

Brüning, Christina. 2021. Analyse #3: Globalgeschichtliche Bildung in der postmigrantischen Gesellschaft. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-3/>. Berlin: ufuq.de.

Saal, Johannes. 2021. Analyse #2: Die Rolle der Religion bei der Hinwendung zum religiös begründeten Extremismus. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-2/>. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus.

Rothkegel, Sibylle. 2021. Analyse #1: Selbstfürsorge und Psychohygiene von Berater*innen im Kontext der selektiven und indizierten Extremismusprävention. <https://kn-ix.de/publikationen/analyse-1/>. Berlin: Violence Prevention Network gGmbH.

Impulse

El-Naggar, Junus und Sören Sponick. 2023. Impuls #10: Gruppendynamiken und -identitäten in Radikalisierungsprozessen: Implikationen für Prävention und Distanzierungsarbeit. <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-10/>. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus.

Neuhauser, Bastian. 2023. Impuls #9: LGBTQ*-Feindlichkeit in islamistischen Diskursen am Beispiel von TikTok-Videos. <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-9/>. Berlin: Violence Prevention Network gGmbH.

Koch, Paul. 2023. Impuls #8: „Ein gerechter islamischer Staat“? Die Herrschaft der Taliban als Projektionsfläche. <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-8/>. Berlin: Violence Prevention Network gGmbH.

Haase, Volker. 2023. Impuls #7: STRESS PUR – die Funktion von Radikalisierung im Kontext der Bindungstheorie. <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-7/>. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus

Abay Gaspar, Hande und Manjana Sold. 2022. Impuls #6: Der Ukraine-Krieg in der islamistischen Propaganda. <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-6/>. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus.

Ali, Rami und Fabian Reicher. 2022. Impuls #5. Ansätze zum Online-Campaigning. Ein Praxisbericht über die Online-Kampagne von Jamal al-Khatib – Mein Weg! anlässlich der erneuten Machtübernahme der Taliban in Afghanistan. <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-5/>. Berlin: Violence Prevention Network gGmbH.

Vale, Gina. 2022. Impuls #4: Gender-sensitive approaches to minor returnees from the so-called Islamic State. <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-4/>. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus.

Lakbiri, Assala. 2022. Impuls #3: Apokalyptisches Denken im islamistischen Extremismus. <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-3/>. Berlin: Violence Prevention Network.

Nadar, Maïke und Saloua Mohammed M'Hand. 2021. Impuls #2: Menschenrechtsbasierte Radikalisierungsprävention – ein Entwurf aus der Sozialen Arbeit. <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-2/>. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus.

Schubert, Kai E. 2021. Impuls #1: Reflexionen über den Nahostkonflikt als Thema der selektiven und indizierten Präventionsarbeit. <https://kn-ix.de/publikationen/impuls-1/>. Berlin: Violence Prevention Network gGmbH.

Sonstige Publikationen

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“. 2022. KN:IX Report 2022: Herausforderungen, Bedarfe und Trends im Themenfeld. <https://kn-ix.de/publikationen/report-2022/>.

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“. 2021. Wer, wie, was – und mit welchem Ziel? Ansätze und Methoden der universellen Islamismusprävention in Kommune, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, außerschulischer Bildung, Elternarbeit, Psychotherapie und Sport. <https://knix.de/publikationen/wer-wie-was-und-mit-welchem-ziel/>. Berlin: ufuq.de.

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“. 2021. Handreichung zur digitalen Distanzierungsarbeit. Erkenntnisse, Expertisen und Entwicklungspotenziale. <https://kn-ix.de/publikationen/handreichung-zur-digitalen-distanzierungsarbeit/>. Berlin: Violence Prevention Network gGmbH.

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“. 2021. KN:IX Report 2021: Herausforderungen, Bedarfe und Trends im Themenfeld. <https://knix.de/publikationen/report-2021/>.

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“. 2021. Online: Beratung und Begleitung in der pädagogischen Praxis. Methodenfelder. <https://kn-ix.de/publikationen/methodenfaecher-2021/>. Berlin: Violence Prevention Network gGmbH.

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“. 2020. KN:IX Report 2020: Herausforderungen, Bedarfe und Trends im Themenfeld. <https://kn-ix.de/publikationen/report-2020/>.

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“. 2020. KN:IX Report 2020: Herausforderungen, Bedarfe und Trends im Themenfeld. <https://kn-ix.de/publikationen/report-2020/>.

Impressum

Herausgegeben im Rahmen des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)

Verantwortlich:

Violence Prevention Network gGmbH

Alt-Reinickendorf 25, 13407 Berlin

Tel: +49 (30) 91 70 54 64

Gestaltung: part | www.part.berlin

Druck: Onlineprinters GmbH

© Violence Prevention Network 2023

Violence Prevention Network gGmbH ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Handelsregisternummer: HRB 221974 B.

Ansprechpartner*innen im Netzwerk:

BAG ReIEx

Jamuna Oehlmann

jamuna.oehlmann@bag-relex.de

Rüdiger José Hamm

ruediger.hamm@bag-relex.de

ufuq.de

Dr. Götz Nordbruch

goetz.nordbruch@ufuq.de

Violence Prevention Network gGmbH

Franziska Kreller

franziska.kreller@violence-prevention-network.de

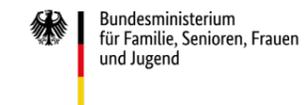
Email: info@kn-ix.de

Web: www.kn-ix.de

Das Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

BAG ReIEx]

Bundesarbeitsgemeinschaft
religiös begründeter Extremismus e.V.

ufuq.de

Pädagogik, politische Bildung
und Prävention in der
Migrationsgesellschaft



Violence
Prevention Network